

Die Positionen der Parteien zum Thema **Straßenausbaubeiträge**

HESSEN Parteien im Landtag zum Thema Straßenbeiträge

	STRABS * abschaffen	
	ja	nein
CDU		X
SPD	X	
Grüne		X
FDP		X
Linke	X	
Freie Wähler **	X	

* STRABS = Straßenausbaubeitragssatzung

** Noch nicht im Landtag vertreten

Das sollten Sie wissen:

1. Die in Hessen am 24. Mai 2018 von **CDU**, **Grünen** und **FDP** beschlossene „Kann“-Regelung erlaubt es Städten und Gemeinden, auch bei defizitärem Haushalt die Straßenbeitragssatzung abzuschaffen. Leider aber gibt es diese Wahlfreiheit für viele Kommunen unter dem **Diktat der leeren Kassen** nicht. Denn sie sind verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Ohne finanzielle Unterstützung vom Land müssen sie weiterhin bis zu sechsstelligen Straßenausbaubeiträge von den Anliegern kassieren.

Die Gesetzesänderung ist eine Mogelpackung und benachteiligt ländliche Regionen!

2. Die neue Regelung können bestenfalls finanzstarke Städte und Gemeinden anwenden, aber auch nur so lange ausreichende Steuereinnahmen der Kommune zufließen. Ansonsten müssen diese Kommunen zurückrudern und wieder Straßenausbaubeiträge erheben, Steuern erhöhen oder auf Straßensanierungen verzichten.

3. **CDU**, **Grüne** und **FDP** nehmen in Kauf, dass nur Grundstückseigentümer für Straßensanierungen zahlen müssen. Obwohl die Straßen von allen Bürgern genutzt werden.

Dies ist ungerecht, unsozial und ungleich!

4. **Der Bürger zahlt bereits** Erschließungskosten, Energiesteuer, KFZ-Steuer, Grundsteuer und Grunderwerbssteuer. Die jährlichen Einnahmen der hessischen Kommunen aus den Straßenbeiträgen betragen weniger als 40 Millionen Euro. Das liegt im Promillebereich des Landeshaushalts von ca. 28 Milliarden Euro.

Die Steuereinnahmen sprudeln derzeit wie noch nie. Zusätzlichen Spielraum erhält das Land Hessen zukünftig durch Änderungen beim Länderfinanzausgleich. Über diesen hat Hessen **in 2017 über 2,5 Mrd. € an andere Bundesländer** gezahlt.

5. Die Schäden an den maroden Gemeindestraßen wurden nicht vom Grundstückseigentümer verursacht. Denn jeder benutzt die Straßen. Auch gehört eine Straße nicht dem Grundstückseigentümer. Denn Eigentümer der Straße ist die jeweilige Kommune. Deshalb:

Straßensanierungen sind aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu finanzieren!

Am 28. Oktober: Straßenbeiträge abwählen!